

DIE LINKE. Thüringen - Parteitag

25.10.2008, Sömmerda

Gabi Zimmer

Liebe Genossinnen und Genossen,

im nächsten Jahren haben wir einen ganzen Wahlmarathon gemeinsam zu überstehen. Der reicht von den Kommunalwahlen bis zu den Europawahlen und dann anschließend natürlich auch zu den Landtagswahlen und zur Bundestagswahl. Und ich denke, es ist einfach wichtig, dass es uns gelingt, eine solche gemeinsame Wahlkampfstrategie, Strategie von LINKEN, die konkrete Alternativen für die Veränderung von Politik von der Kommune bis hin nach Europa gemeinsam formulieren und dass diese Alternativen insgesamt auch miteinander zusammengehen, dass sie kompatibel sind und kongruent sind.

Ich möchte deshalb, natürlich vor dem Hintergrund der Europawahl, bei der klar ist, dass die Europäische Linke versuchen muss zuzugewinnen, um aus ihrer strategischen Defensive herauszukommen, dass wir ganz deutlich unsere Position zu Europa, zur Europäischen Integration in den Mittelpunkt stellen und damit versuchen, auch Politik zu machen und uns nicht in die Ecke derer stellen zu lassen, die aus nationalen oder rechtsextremistischen Positionen heraus gegen Europäische Union sich definieren.

Und ich möchte das auch an einigen Punkten sehr deutlich sagen, warum ich das auch als die einzige Chance für LINKE, sich gerade angesichts der multidimensionalen Krise, Weltkrise, vor der wir uns befinden, unüberhörbar auch zu Wort zu melden.

Allein schon sehr umfassende weltweite Finanzkrise offenbart, dass es ohne Reformen der globalen Finanzarchitektur und auch der wirksamen Regulierung der globalen Finanzmärkte nicht weitergehen wird. Die Reformen waren schon vor 10 Jahren angekündigt, aber da traf ja diese Finanzkrise „nur“ Länder außerhalb von USA und EU. Es wurde nichts geändert trotz der verheerenden sozialen Auswirkungen in Lateinamerika, in Asien und Russland. Nun ist man selbst dran und wir mit und auch in den Ländern der EU sollen die Verluste nach unten delegiert werden. Und global ja sowieso. Und das ist aus meiner Sicht ein Grund mehr, um dagegen zu mobilisieren und auch drei Dinge sehr klar zu sagen:

Die letztendlichen Ursachen der Finanzkrise sind: a) die mit wachsender sozialer Ungleichheit einhergehende Spekulation – ich verweise hier nur auf die Veröffentlichung der OECD-Studie in dieser Woche, b) die zunehmenden globalen Ungleichgewichte im Handel – auch hier verweise ich nur auf den Fakt, dass die Bundesrepublik Deutschland Exportweltmeister ist und sind c) auch die Globalisierung bzw. weltweite Integration der Finanzmärkte – und auch hier verweise ich auf die EU-Direktiven zum einheitlichen Finanzmarkt. An der Entwicklung dieser Krisenursachen hat aber zweitens die Europäische Union hervorragenden Anteil und vor allem auch die Bundesrepublik Deutschland.

Da kann und muss man zu Recht auf die USA verweisen. Aber deren Finanzprobleme konnten nur importiert werden,

- weil es in Deutschland und innerhalb der EU so gewaltige Mengen an beschäftigungslosem Geld bei den Reichen, bei den Spitzen- und Großverdienern“ und bei den Konzernen gibt,
- weil der deutsche Außenhandelsüberschuss so gewachsen ist und weil die Finanzmarktintegration aktiv betrieben wurde.

Die Zuspitzung der Probleme war vermeidbar, auch – und das möchte ich auch an dieser Stelle besonders sagen - bei strikter Ablehnung des Lissabonner Vertrages. Es ist Demagogie und es ist Unsinn, wenn uns heute Leute, die unbedingt den Lissabonner Vertrag durchbekommen wollen, sagen, wenn wir diesen Vertrag ratifiziert hätten, wenn er schon abgeschlossen wäre, wäre die Finanzkrise bekämpfbar, könnten wir wirksamer vorgehen. Das ist genauso wenig stichhaltig wie der umgekehrte Vorwurf, dass der Lissabonner Vertrag ein gemeinsames Agieren verhindert hätte. Nun beweisen uns ja die Regierenden, dass sie auch ohne Lissabonner Vertrag handeln könnten.

Und – ohne jetzt hier auf Rechthaberei machen zu wollen, aber was recht ist, soll wenigstens einmal gesagt werden: Als wir vor über einem Jahr an die Erarbeitung des Europa-Wahlprogramms herangegangen sind, haben wir bei aller Würdigung der Fortschritte des Lissabonner Vertrages klar unsere inhaltlichen Argumente für ein „Nein zu diesem Vertrag“ dargelegt und u. a. auch mit Blick auf die Finanzkrise klare Positionen und Forderungen formuliert:

Und die möchte ich auch hier benennen, weil es dringend notwendig ist, dass DIE LINKE sich nicht nur auf ein Kleinklein beschränkt und sich in der Öffentlichkeit aber demonstrativ und klar auch als eine, in der Europäischen Union zumindest, noch kleine politische Kraft hier stärker selbst auch erklärt.

Finanzspekulationen können und müssen begrenzt werden. Dabei geht es um mehr Transparenz, Eindämmung spekulativer Kreditaufnahme, es geht um die Regulierung der Verbriefung und des Handels mit Kreditpaketen. Die EU soll sofort gegenüber Banken und anderen Finanzinstitutionen, gegenüber Aufsichtsbehörden und Ratingagenturen aktiv werden: Die Banken und anderen Finanzinstitutionen sollen verpflichtet werden, den Aufsichtsbehörden umfassende Informationen über ihre Tätigkeiten und Risikopositionen zu liefern. Die Aufsichtsbehörden müssen gedrängt werden, weltweit einander zu informieren und miteinander zu kooperieren. Auf EU-Ebene brauchen wir eine Finanzmarktaufsicht für international agierende Finanzmarktakteure. Ratingagenturen müssen stärkere öffentliche Kontrollen erfahren, ihre Bewertung darf nicht sie finanzierende Institutionen erfassen. Öffentliche Hände sollten öffentliche Ratingagenturen schaffen, die aus einem Pool von Beiträgen der Finanzinstitutionen finanziert werden können.

Die EU soll den Handel mit Kreditpaketen verbieten. Er dient vor allem der Manipulation und Spekulation und mehrt unhaltbare und unkalkulierbare Risiken. Das betrifft auch die massenhafte Fremdfinanzierung beim Kauf von Anleihepaketen. Es müssen daher gesetzliche Obergrenzen für die Fremdfinanzierung von Investoren festgelegt werden.

Zugleich muss sich die Europäische Union für die Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte engagieren. Sie soll für einen restriktiven Umgang mit den unkontrollierbaren Offshore Centres in Delaware, London City und außerhalb der EU eintreten.

Und die Union soll auf eine grundlegende Reform des Internationalen Währungsfonds hinwirken, vor allem durch Neuverteilung der Stimmrechte und Neuregelung der Stabilisierungspolitik. Sie soll verantwortungsvoll hiermit umgehen und wir brauchen hier natürlich auch die Einführung einer Devisenumsatzsteuer, die Einführung der Tobinsteuer, eine Forderung, die DIE LINKE, gemeinsam mit ATTAC und mit anderen sozialen Bewegungen bereits seit vielen Jahren auch vertreten hat.

Ein offensiver Kampf gegen sozial verheerende Finanzkrisen muss auf veränderte Verteilungsverhältnisse und starke öffentliche Finanzinstitutionen orientieren und vor allem gegen die Privatisierung öffentlicher Leistungen gerichtet sein.

Pensionsfonds und Lebensversicherungen sind zu verbieten, in Hedgefonds und andere spekulative Fonds darf nicht investiert werden.

Wie Ihr seht, liebe Genossinnen und Genossen, wird ein Teil dessen, was wir fordern, zaghaft von „unseren Regierenden“ angegangen. „Einiges“ und „zaghaft“ aber mehr. Einiges mehr und weniger Zaghafte findet sich auch im jetzigen Entwurf des Europa-Wahlprogramms – einiges davon.

Mit diesen Bemerkungen geht es mir aber nicht um einen Aufruf jetzt zu massenhaften Änderungsanträgen zu dem Europawahlprogramm, die Debatte um dieses Wahlprogramm werden wir sehr offen führen müssen, sondern mir geht es in erster Linie um die Bitte und auch den Appell an Euch, dass wir diesen Wahlkampf europäisch und internationalistisch führen. Es kann doch nicht sein, dass Herr Sarkozy und Frau Merkel nun auf europäisch und global verantwortungsvoll machen und Bush kritisieren, obwohl sie die sozialen Spaltungen und auch die globalen Probleme wesentlich durch ihre Politik mitverantworten haben. Es darf auch nicht sein, dass der vorgebliche Sachzwang Weltmarkt alle politischen Fragen darauf reduziert, ob sie die Kapitalakkumulation fördern und damit auch noch einen „neuen Internationalismus“ kreieren wollen. Und es kann auch nicht sein, dass dabei in der EU ein Modell der Wirtschaftsregierung installiert wird, eine Wirtschaftsregierung, um europäischen Unternehmen, vor allem aber Konzernen, funktionierende Rahmenbedingungen zu sichern. Das ist im Übrigen auch der Kern des Vorschlags, den Sarkozy vor dem Europaparlament in der vergangenen Woche gegeben hat, eine Wirtschaftsregierung der Eurozone plus Slowenien zu schaffen und es ist auch der Kern seiner Forderung, mit entsprechenden Staatsfonds, vor allem auf Europäische Industriezweige zu setzen, diese im Konkurrenzkampf beispielsweise subventionierte Automobilindustrie in den USA zu fördern.

Wir selbst müssen unsere Forderung nach einer sozialen und ökologischen, friedlichen Union viel stärker in den Vordergrund stellen.

Für die Linken in Europa, und darunter eben auch für unsere Partei, gibt es zwei Dinge, die spannend sind: Zum einen ist die EU das am weitesten fortgeschrittene Modell eines

neoliberalen Projektes von insgesamt nunmehr 27 Mitgliedsstaaten. Zum anderen ist sie trotz der nun anscheinenden Handlungsfähigkeit von Sarkozy, Merkel und Co. eine Niederlage der EU-Eliten oder verkörpert sie eine Niederlage der EU-Eliten doch sehr, sehr deutlich: Sie haben ihrem Projekt einer Wirtschaftsregierung bisher keinen Verfassungsrang geben können. Sie konnten den Lissabonner Vertrag trotz vieler Tricks nicht ratifizieren und sie haben die Finanzkrise befördert, lange Zeit nur zugeduckt und Zurückhaltung geübt.

Das „Grundgesetz des Binnenmarktes“ – der freie Waren- und Kapitalfluss - ist auf Widerstände gestoßen. Die „entpolitisierte Währung“ EURO kollidiert mit dem Dollar und wird so wiederum politisiert. Nächste große Erweiterungen sind nicht absehbar. Die Europäische Union kommt nicht klar mit den Positionen, die der moderne Kapitalismus schuf, weil sie selbst dazu gehört. Und da ist auch kaum mit einer entscheidenden Korrektur durch das, was die Regierenden bisher miteinander vereinbart haben, zu rechnen.

Das müssen wir benennen und wir müssen auch zeigen, dass die konzipierten Antworten der Herrschenden der weitere Umbau der Gesellschaft in eine Gesellschaft von Unternehmerinnen und Unternehmern eigener Arbeitskraft sein werden. Es wird zu einem weiteren Sozialabbau führen, der Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme wird, wenn wir nicht dagegen steuern, wenn wir nicht versuchen, gemeinsam mit anderen politischen sozialen Kräften uns europäisch zu vernetzen und global zu agieren und hier auch nicht entscheidende Alternativen mit aufzubieten.

Wir können uns müssen mobilisieren mit Protest, mit Verweigerung, mit Widerstand, aber auch vor allem mit klaren Alternativen: Da geht es zum einen darum, um einen Punkt, der mir auch sehr am Herzen liegt, ich denke, wir dürfen nicht zulassen, dass unter dem Eindruck und dem Einfluss der Weltfinanzkrise die Auseinandersetzung um die sich vertiefenden Widersprüche innerhalb der Europäischen Union, insbesondere das Auseinanderdriften zwischen arm und reich innerhalb der Europäischen Union verschoben wird und nicht mehr wahrgenommen wird.

Und wir dürfen auch nicht zulassen, dass mit der Begründung der Weltfinanzkrise die notwendigen Strategien, die auf der Tagesordnung stehen und die durchzusetzen sind zum Kampf gegen Armut und für soziale Integration in der Europäischen Union beiseite geschoben werden.

Mit der vorliegenden OECD-Studie, die diese Woche veröffentlicht worden ist, war unter dem Titel „Mehr Ungleichheit trotz Wachstums“ wurde eins auch deutlich, allein in Deutschland haben Armut- und Einkommensungleichheit in den vergangenen Jahren stärker zugenommen als in allen anderen OECD-Staaten. 10,5 % bis 11 % der Bevölkerung lebten von 2000 – 2005 in Deutschland unterhalb der Armutsschwelle. Zu Beginn der 90er Jahre war die Armutsquote in Deutschland noch rund ein Viertel geringer als im OECD-Durchschnitt. Gegenwärtig liegen wir über dem Durchschnitt der 30 Mitgliedsstaaten innerhalb der OECD. Nach Angaben der Europäischen Kommission und auch von Eurostat leben allein in der EU mehr als 78 Mio. Menschen, darunter 19 Mio. Menschen unterhalb der Armutsschwelle. Die Schere zwischen denen, die sehr gut verdienen, und denen, die von ihrer Arbeit nicht mehr leben können, die wird immer größer.

Und ich möchte hier insbesondere auch Hans-Herrmann Hoffmann, der als Vertreter der Arbeitsloseninitiative hier mit da ist, auch klar und deutlich sagen, wenn wir den Kampf gegen Armut in Deutschland innerhalb der Europäischen Union und global auf unsere Tagesordnung nehmen, dann muss es ganz wichtig sein oder dann ist es unumstößlich, dass wir in den Vordergrund stellen müssen, nicht nur das, was innerhalb des Mitgliedsstaates Deutschland der Europäischen Union zu machen ist, sondern generell in der Europäischen Union verändert werden muss.

Wir dürfen nicht mehr zulassen, dass vor dem Hintergrund, dass die soziale Politik nach wie vor nationale Politik ist, dass sich die Nationalstaaten dahinter verbergen, sagen, sie können nicht mehr tun und die Europäische Union auf der anderen Seite sagt, wir können uns nicht einmischen, das ist Aufgabe der Nationalstaaten selbst.

Wir haben vor zwei Wochen einen Bericht im Europaparlament durchbekommen, der sich maßgeblich mit den notwendigen Anforderungen für eine Europäische Politik, eine Europäische Strategie im Kampf gegen Armut und für die Förderung sozialer Integration auseinandersetzt. Wir haben es als LINKE geschafft, eine Mehrheit in diesem Europaparlament für unsere Forderung zu bekommen, dass wir in allen Europäischen Mitgliedsstaaten der EU, dass wir nationale und flächenweite Mindestsicherungssysteme benötigen. Wir haben durchbekommen, dass es ein gemeinsames Ziel der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sein muss, die Armut, insbesondere die Kinderarmut, bis zum Jahr 2012 um 50 % zu senken, dass wir die Obdachlosigkeit in der Europäischen Union vor dem

Hintergrund gemeinsam verabredeter Strategien zwischen den Mitgliedsländern ausradieren wollen und uns auch dem Problem der Straßenkinder widmen.

Wir haben durchbekommen, das Ziel, dass wir Mindestlöhne in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union brauchen auf der Basis von jeweils des nationalen Durchschnittsverdienstes beim Bruttolohn, und zwar auf der Basis von 60 % des nationalen Durchschnittsverdienstes.

Wir haben durchbekommen, dass wir Mindesteinkommen haben wollen auf der Basis von 60% des nationalen Medians der Haushaltseinkommen.

Forderungen, die im Bundestag bis heute nicht mehrheitlich angenommen wurden.

Und wir haben dazu zwei Drittel aller Abgeordneten bekommen und es hat u. a. auch zu einem massiven Zerwürfnis zwischen FDP-Abgeordneten und konservativen Abgeordneten aus Deutschland geführt, und die konservativen Abgeordneten aus Deutschland haben sich hier auch gespalten.

21 Abgeordnete der CDU, CSU haben für die Mindestlöhne, Mindesteinkommen im Europaparlament gestimmt und daran sollten wir sie auch künftig messen, daran sollten wir sie auch erinnern und wir sollten auch froh darüber sein, und das ist jetzt auch mit Blick auf Hans-Herrmann, dass jetzt erstmalig ein Dokument des Europäischen Parlaments existiert, auf dass sich eben auch Europäische Netzwerke, soziale Initiativen gegen Armut, gegen Kinderarmut, gegen Obdachlosigkeit, solche Netzwerke wie EAPN oder eben auch Solidar und andere berufen können und dass sie darauf verweisen können, dass es diesen gemeinsamen Willen von über zwei Dritteln der Europäischen Abgeordneten gibt.

Und ich denke, das zeigt, dass es möglich ist, für solche Veränderungen zu streiten und letztendlich den Druck auch auf die Regierenden aufzumachen, dass sie sich endlich hier ihrer Verantwortung auch zuwenden.

Und ich möchte ein anderes Problem noch ansprechen. Ihr wisst, es gibt eine ganze Reihe von Initiativen, von denen man sagen kann, das ist eigentlich kennzeichnend für den neoliberalen Charakter, den die Europäische Union, den die Regierenden, die Mitgliedsstaaten, die diese Europäische Union letztendlich ja kennzeichnen, mit darstellt.

Da geht es um die Europäische Gesundheitsrichtlinie mit dem konkreten Focus auf die grenzüberschreitende Patientenmobilität, bei der eine Zweiklassenmedizin und die Einführung

des Europäischen Gesundheitsmarktes gefordert und durchgesetzt werden soll. Da geht es darum, dass wir eine Richtlinie zur Leiharbeit haben.

Da geht es um die Auswirkungen der Urteile des Europäischen Gerichtshofs, die verhindern wollen, dass Tarifpartner sich beispielsweise in den Mitgliedsstaaten einigen, dass sie über Mindestlöhne, über gesetzlich orientierte Mindestlöhne und gesetzlich orientierte Mindeststandards hinaus tarifliche Löhne vereinbaren dürfen.

Das ist ein massiver Eingriff in das Streikrecht, in das Aktionsrecht und auch in Grundrechte, soziale Grundsätze und Grundrechte der Europäischen Union und es das Bekenntnis der Regierenden der Europäischen Union, und hier sage ich nochmals, insbesondere auch der Bundesregierung in Deutschland, dass sie sagen, die 4 Binnenmarktfreiheiten stehen im Konfliktfall immer über den sozialen Grundrechten.

Und wenn es so ist und wir immer gesagt haben, dass soziale Grundrechte sowie politische und Freiheitsrechte Menschenrechte sind, gibt es keinen Grund, selbst definierte Binnenmarktfreizügigkeit, wie die Freizügigkeit des Kapitals, die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Freizügigkeit bei der Niederlassung, die Freizügigkeit bei den Dienstleistungen, diese im Konfliktfall über die Menschenrechte zu stellen.

Das ist einer Europäischen Union unwürdig und hier sollten wir auch die Widersprüchlichkeit und Unglaubhaftigkeit der Europäischen Union sehr stark thematisieren.

Aber ich möchte angesichts eines Projektes, möchte ich hier noch erklären, worum es uns auch insbesondere geht. Und dieses Projekt, das steht so stellvertretend für das, was wir auch erleben im Zusammenhang mit Angriffen auf den Sozialschutz und mit Angriffen auf das Europäische Arbeitsrecht.

Ich nenne hier die zweite Lesung zur Arbeitszeitrichtlinie. Und es sei mir auch gestattet, gerade weil ja auch die Vertreterinnen des Marburger Bundes hier ist und ich auch mit der Geschäftsführung des Marburger Bundes, der bundesweiten Geschäftsführung, direkt auch im Kontakt steht und nächste Woche auch auf der Jahrestagung dort auftreten werde. Bei dieser zweiten Lesung geht es darum, dass der Rat, d. h. also wiederum die 27 Mitgliedsstaaten, also unsere Regierungen, auch die Bundesregierung Deutschland, sich darauf geeinigt haben, auf einen Kompromiss, den nenne ich in Anführungsstrichen, dass es künftig möglich ist, abgehend von der 48-Stunden-Arbeitswoche, der wöchentlichen Arbeitszeit, die 1918 von der



ILO schon auf die Tagesordnung gesetzt wurde, mit allen Tricks, die dort vereinbart sind, hochzugehen auf eine wöchentliche Arbeitszeit, die möglich sein wird, von 78 Stunden die Woche bei einem Ausgleichszeitraum von einem Jahr. Und jetzt rechnet Euch bitte durch, was das bedeuten kann. Das ist der eine Punkt, den wir kritisieren, wo wir auch klar und deutlich sagen, das ist mit uns nicht zu machen.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen müsste und möchte, das ist die Einführung einer inaktiven Bereitschaftszeit, die nicht als Arbeitszeit anerkannt werden soll, und zwar bei Bereitschaftszeiten vor Ort. Das betrifft eben die Klinikärzte. Und das betrifft beispielsweise die Berufsfeuerwehren. Überall dort, wo Bereitschaftszeit im Schichtsystem oder eben auch in anderer Form geleistet werden muss, wird versucht, hier vor dem Hintergrund, und da spielt die Bundesregierung eine entscheidende Rolle, vor dem Hintergrund der finanziellen Ausstattung von Kliniken und auch des öffentlichen Dienstes einzugreifen und die nicht ausreichende Finanzierung der Kliniken zu Lasten der Angestellten und der Ärzte abzudelegieren. Und genau das kann und darf nicht hingenommen werden.

Es wird schwer sein, im Parlament eine 2/3-Mehrheit zu erreichen. Es ist die zweite Lesung. Wenn wir diesen Kompromiss kippen wollen, brauchen wir 2/3. Es ist nicht abzusehen, dass wir das schaffen.

Deshalb finde ich es gut, dass die italienischen Gewerkschaften dazu aufgerufen haben, am Tag vor der Abstimmung in Straßburg am 14. Dezember eine große Demonstration von Unternehmen zu organisieren, dafür zu mobilisieren.

Das macht aber nur Sinn, wenn auch die deutschen Gewerkschaften, wenn die französischen, die belgischen Gewerkschaften, wenn der Europäische Gewerkschaftsbund hier sich massiv mit einklingt und hier ähnlich, wie bei der Dienstleistungsrichtlinie, eine entsprechende Mobilisierung bekommen. Es macht auch nur Sinn, wenn auch die Interessenvertretungen der Ärztinnen und Ärzte, zumindest derer, die im Marburger Bund oder woanders organisiert sind, sich an dieser Aktion auch mit beteiligen.

Ansonsten werden wir im Europaparlament die Kraft dafür nicht haben, das zu verhindern.

Und ich finde, wir sollten uns selber als LINKE auch daran massiv beteiligen.

Das ist das, was ich Euch unbedingt zu dieser Arbeitszeitrichtlinie sagen wollte, weil sie aus meiner Sicht das deutlichste Projekt gegenwärtig der Europäischen Union ist, mit dem sie versucht, hier die Leute auch auseinander zu treiben und vor allem zu deregulieren und Arbeitnehmerinnenstandards auszuhöhlen.

Unser Ringen um die solidarische Erneuerung der Europäischen Union sollte aus meiner Sicht drei Ziele verfolgen: Wir wollen die Unterordnung der EU unter die Interessen der kapitalistischen Eliten beenden und die Rahmenbedingungen für europäische, nationalstaatliche und regionale und lokale Entwicklungen demokratisch gestalten. Wir wollen zweitens das Diktat der Konkurrenz-Ökonomie zurückdrängen und die Wirtschaft an sozialen und ökologischen Interessen und Erfordernissen orientieren. Und wir wollen drittens, dass die EU ausschließlich ein ziviler globaler Akteur wird und dafür sorgt, dass von europäischem Boden nie wieder Krieg ausgeht.

Und deshalb möchte ich an dieser Stelle einen Punkt nennen, der mir in der gesamten Debatte um unser künftiges Europawahlprogramm am Herzen liegt. Im Vordergrund unseres Wahlkampfes sollte stehen, dass wir die Ressourcen und das Potential, über das die Europäische Union verfügt, dass diese Ressourcen und das Potential eingesetzt wird und anders eingesetzt wird zur Lösung der globalen Probleme.

Das setzt nämlich voraus, dass wir uns nicht einlassen in eine Debatte um sind wir dafür, dass wir nationalstaatlich lieber als LINKE agieren oder sind wir für eine prinzipienlose Unterstützung der Europäischen Union, weil europäisch alles viel schöner ist. Das enthebt uns dieser nichtsbringenden Gegenüberstellung von holen in unsere eigene Partei. Wenn wir uns nämlich von vornherein darauf konzentrieren, was wir eigentlich verändern wollen. Das setzt nämlich voraus, dass wir die Europäische Integration und deren Potential sehr wohl erkennen und es für die Veränderungen im Interesse von Menschen innerhalb der Europäischen Union, in Europa, aber eben auch global einsetzen wollen. Das ist mein wichtigster Punkt, auf den ich immer wieder hinweisen möchte. Schaut Euch bitte unter diesem Aspekt an, ob der jetzige Text einer solchen Herausforderung schon genügt.

Ich möchte Euch noch einmal sagen, diese Lösung – Weltfinanzkrise, soziale Krise, ökologische, die Klimakrise und auch die Energiekrise – kein einziger Nationalstaat allein wird in der Lage sein, diese Krisen zu lösen. Es wird nur mit einem makroökonomischen Ansatz möglich sein. Und wenn wir das nicht begreifen und uns als LINKE selber zurücknehmen und selber sagen, oh wir verteidigen mal schön in unserem eigenen Umfeld das, was wir doch über Jahre hinweg erreicht haben, dann werden wir auch diese sozialen Standards, diese ökologischen Standards nicht halten können. Wir werden auch unsere Demokratiestandards nicht halten können. Wir haben eine andere Entwicklung der

Produktivkräfte, auf die wir uns gefälligst einstellen müssen und wir müssen uns hier auf die Seite des Fortschritts stellen, um auch normal annähernd bei Marx wieder zu landen.

Erinnert Euch einmal, als es um die deutsche Einigung ging, was damals Marx erklärt hat, nämlich trotz Glut und Eisen, trotz Bismarck für die deutsche Einigung im damals, weil er gewusst hat, dass man in der Kleinstaaterei die Herausforderungen solcher globalen Problem überhaupt nicht lösen kann.

Die Bürgerinnen und Bürger stehen natürlich bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 erneut vor einer Richtungsentscheidung: Es ist klar, es geht schon um die Frage, soll die Entwicklungsrichtung der Europäischen Union so fortgeführt werden oder kriegen wir ein deutliches Signal für eine Veränderung, für eine andere Politik? Und ich sage noch einmal, es geht hier um ein anderes Europa, es geht um eine andere Europäische Union und dafür müssen wir unsere Alternativen auch auf den Punkt gemeinsam bringen.

Wir selber, und da bitte ich Euch einfach darüber mit nachzudenken, wir selber werden auch, selbst wenn wir die gegenwärtigen guten Umfragen der LINKEN in Deutschland halten, ist die Europäische LINKE im Moment viel zu schwach, um allein für sich genommen diese Entwicklung der Europäischen Union zu beenden, zu verändern oder auch rumzudrehen.

D. h. es muss uns immer darum gehen klarzustellen, mit welchen sozialen, politischen, kulturellen Kräften in Europa, die für den Wandel in der Europäischen Union stehen, tun wir uns zusammen, agieren wir zusammen, entfalten wir gemeinsame Alternativen. Das können und müssen wir auch während des Europawahlkampfes demonstrieren.

Nicht für uns allein kämpfen wir für ein anderes Europa oder kämpfen wir für eine verstärkte LINKE im Europaparlament. Die wird für sich alleine nichts ändern können, sondern nur im Zusammenhang mit all den Kräften, die ebenfalls für einen Wandel in der Europäischen Union stehen.